

# **10 Punkte zur Landespolitik in Baden-Württemberg**

*Beschlossen auf Landesparteitag In Stuttgart 23./24.1.2010*

**DIE LINKE.**  
BADEN-WÜRTTEMBERG

*Das 10-Punkte-Sofort-Programm fixiert Leitlinien der Politik der LINKEN in Baden-Württemberg bis zur Landtagswahl. Es soll gleichzeitig Grundlage und Zielorientierung für das Landeswahlprogramm sein, das 2010 erarbeitet wird.*

## EINLEITUNG

Die Wirtschafts- und Finanzkrise trifft Baden-Württemberg als Automobil- und Exportland besonders hart. Ein Drittel der Betriebe der Automobilzulieferindustrie und des Maschinen- und Werkzeugmaschinenbaus befürchtet das wirtschaftliche Aus, fast jeden Tag kündigt ein anderer Betrieb wirtschaftliche Probleme oder gar Massenentlassungen an.

Die Finanzklemme verschärft die Lage. Die Banken verweigern den Betrieben Kredite oder verleihen sie nur zu überhöhten Zinsen, die für viele Betriebe nicht bezahlbar sind. Damit werden die Wertschöpfungsketten gefährdet und industrielle Kerne womöglich unwiederbringlich vernichtet.

Städte und Gemeinden, durch 25 Jahre neoliberaler Politik geschwächt, geraten durch dramatische Einbrüche bei den Gewerbesteuererinnahmen in Finanznöte neuen Ausmaßes. Sie reagieren mit Sparprogrammen, Sozialkürzungen und Personalabbau. Angesichts der steigenden Zahl an Erwerbslosen, Armen und Wohnungslosen sind die Kommunen weniger denn je in der Lage ihren Aufgaben für die Gemeinschaft gerecht zu werden. Diesen Trend wird der neue Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Stefan Mappus, gemeinsam mit der schwarz-gelben Bundesregierung durch weitere Steuergeschenke für Unternehmen und Reiche befördern. Der drohenden Vernichtung zehntausender Arbeitsplätze schaut die Landesregierung tatenlos zu.

Arbeitsplätze und Lebensqualität lassen sich in Baden-Württemberg nur sichern, wenn jetzt Weichen für eine zukunftsfähige Wirtschaftsentwicklung gestellt werden und zugleich für den Erhalt und Ausbau von Arbeits- und Ausbildungsplätzen in der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst gesorgt wird!

Weitergehend steht DIE LINKE unverändert für einen Systemwechsel. Eine demokratische, ökologische und friedliche Gesellschaft, welche die Bedürfnisse aller Menschen gleichermaßen befriedigt, wird nur durch die Überwindung des Kapitalismus möglich.

Vor diesem Hintergrund fordert DIE LINKE Baden-Württemberg:

## **1. Beschäftigung sichern, Arbeitsplätze schaffen und Öffentlichen Sektor ausbauen**

DIE LINKE Baden-Württemberg fordert ein 10 Milliarden-Euro-Sofortprogramm:

- Einen Finanzschutzschirm in Höhe von 5 Milliarden Euro für Bürgschaften und Kredite
- Ein Zukunftsprogramm in Höhe von 5 Milliarden Euro

### **Finanzschutzschirm für Baden-Württemberg**

Die Landesregierung wird aufgefordert, einen Finanzschutzschirm für Baden-Württemberg einzurichten. Das Geld soll in einen Landesfonds fließen, der Betrieben zinsgünstige Darlehen und Bürgschaften gewährt. Dieser Fonds von 5 Milliarden Euro soll Ausbildungs- und Arbeitsplätze in den industriellen Kernen des Landes retten und damit gleichzeitig die Handlungsfähigkeit der Kommunen erhalten. Der Landesfonds wird drittelparitätisch durch VertreterInnen der öffentlichen Hand, der Gewerkschaften und der Arbeitgeber kontrolliert.

### **Fünf Milliarden Euro für ein Zukunftsprogramm mit dem Ziel:**

- Die öffentliche Daseinsvorsorge zu stärken: bereits privatisierter Bereiche der kommunalen Hand zu re-kommunalisieren; den ÖPNV auszubauen; die Gesundheitsversorgung zu verbessern; in Schulen zu investieren.
- Den ökologischen Umbau voranzubringen: regenerative Energien und energetische Gebäudesanierung auszubauen, neue Technologien zu erforschen. Wo sonst, wenn nicht in Baden-Württemberg mit seiner hocheffizienten Forschungslandschaft sind hierfür günstige Bedingungen gegeben – noch! Die Konversion der Automobilindustrie oder zumindest erheblicher Teile davon in Richtung umweltfreundliche Mobilitätsentwicklung- und Produktion ist voranzutreiben.
- Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu stärken: Kindertagesstätten/Horte ausbauen und die Situation des Betreuungspersonals im Erziehungswesen verbessern.
- Arbeitszeitverkürzung und mehr Demokratie: „Stunden statt Menschen entlassen“. Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich – das sichert die Existenz vieler Menschen und ist sinnvoller und humaner als Standortschließungen und Vernichtung von Arbeitsplätzen. In Zukunft

müssen wirtschaftsdemokratische Konzepte befördert und unterstützt werden. Die Bildung von Wirtschafts- und Sozialräten in den Regionen ist ein erster konkreter Ansatz.

- Aktive Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit
- Erwerbslosen Jugendlichen – allen voran Förder- und Hauptschüler/innen – die über den regulären Arbeitsmarkt keinen Ausbildungsplatz bekommen, soll vom Land über eine Ausbildungsplatz-Garantie der Zugang zu einer Erstqualifikation ermöglicht werden. Die Zahl der Ausbildungsplätze im öffentlichen Sektor muss erhöht werden. DIE LINKE fordert unverändert eine Ausbildungumlage zur Finanzierung neuer Ausbildungsplätze. Wer nicht ausbildet muss zahlen.
- DIE LINKE Baden-Württemberg wird nach Möglichkeiten suchen, die Rüstungsproduktion im Land zu verbieten. Produktionsstätten von Waffen und anderen Rüstungsgütern müssen geschlossen oder zur zivilen Produktion umgebaut werden.

## **2. Die öffentliche Daseinsvorsorge und Finanzkraft der Kommunen stärken**

Gerade in der Krise müssen die Investitionen der Kommunen erhöht werden. Schon jetzt liegt die Personalausstattung im öffentlichen Sektor unter dem europäischen Schnitt liegen. Die Versäumnisse bei Bildung, Sozialem und Ökologie gehen zu Lasten der Menschen.

DIE LINKE Baden-Württemberg fordert, die Finanzierung der Kommunen mit der Einführung einer konjunktur-unabhängigen Gewerbesteuer (Gemeinwohlsteuer) auf eine neue Grundlage zu stellen. Eine Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Dienstleistungen lehnt DIE LINKE Baden-Württemberg ebenso ab wie die Beteiligung privater Investoren an öffentlichen Investitionen. Bereits privatisierte Einrichtungen und Betriebe müssen rekommunalisiert werden. Die im schwarz/gelben Koalitionsvertrag anvisierte Abschaffung der Umsatzsteuerbefreiung für öffentliche Betriebe kommt für DIE LINKE Baden-Württemberg nicht infrage.

DIE LINKE Baden-Württemberg fordert die Landesregierung auf, im Bundesrat gegen das Wachstumsbeschleunigungsgesetz und gegen die für 2011 vorgesehene Steuerreform zu stimmen. Sie gehen zu Lasten der Landes- und Kommunalfinanzen.

### **3. Armut bekämpfen – Reichtum begrenzen**

Das Armutsrisiko in Baden-Württemberg steigt - vor allem für alleinerziehende Eltern, Migrantenfamilien, Seniorinnen und Kinder. 90 Prozent der Alleinerziehenden sind Frauen, davon lebt ungefähr die Hälfte von Hartz IV. Jedes achte Kind unter sieben Jahren ist von Armut bedroht. Die Zahl der Erwerbslosen, der Hartz IV-EmpfängerInnen und derer, die von ihrem Einkommen nicht leben können, nimmt zu. Wohnungslosigkeit, Überschuldung, fehlende Gesundheitsfürsorge und soziale Ausgrenzung drohen. Armut macht krank. Armut grenzt aus. Armut macht perspektivlos.

Die Landesregierung lehnt die Erstellung eines Armutsbericht weiter ab. Stattdessen droht der neue Ministerpräsident Mappus zum Beispiel Eltern mit Sanktionen, die ihren Kindern kein Pausenbrot mitgeben. DIE LINKE Baden-Württemberg dagegen bekämpft nicht die Armen, sondern die Armut! Auf Bundesebene setzt sich DIE LINKE mit Sozialverbänden, Gewerkschaften und außerparlamentarischen Initiativen dafür ein, dass die Schere zwischen Arm und Reich nicht weiter auseinander geht. Hartz IV muss weg, eine bedarfsgerechte Grundsicherung und ein gesetzlicher Mindestlohn müssen her.

Eine Umverteilung von oben nach unten tut Not. Erster wichtiger Schritt dahin ist die Millionärssteuer – auch, damit Kommunen eine bessere finanzielle Ausstattung für Soziales und Bildung erhalten.

#### **Sofortprogramm gegen Armut:**

- Das menschenunwürdige Hartz IV-System, das Armut und Erniedrigung produziert, muss abgeschafft werden. In Baden-Württemberg muss der Druck auf Jobcenter und Sozialämter, Sanktionen gegen die Leistungsberechtigten auszuüben, zurückgenommen werden.
- Die Kommunen müssen ausreichend bezahlbaren Wohnraum für Geringverdienende, Alleinerziehende und kinderreiche Familien schaffen. Bund und Land sollen einen höheren Anteil bei den Kosten für Unterkunft übernehmen. Die Kommunen brauchen Entlastung, damit sie ihren Aufgaben der Daseinsvorsorge nachkommen können.
- Ein landesweites Sozialticket soll Menschen mit geringem Einkommen den Zugang zu Mobilität, zu Bildung, Kultur und Sport in Baden-Württemberg ermöglichen.

- Wir wollen flächendeckend an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtete Angebote an Gesundheits- und Pflegedienstleistungen in öffentlicher Trägerschaft.
- Die Landespolitik soll durch ein Vergabegesetz garantieren, dass alle öffentlichen Aufträge von Bund, Ländern und Kommunen an die Einhaltung von tariflichen, sozialen und ökologischen Standards gebunden werden. Niedriglöhne, 400 Euro-Jobs und Leiharbeit müssen durch tarifgebundene und sozialversicherte Arbeitsplätze ersetzt werden. Es darf zum Beispiel nicht sein, dass der Verdienst Alleinerziehender in sozialen Berufen im öffentlichen Bereich zum Leben nicht ausreicht.

#### **4. Bildung**

Mit dem Begriff „Kinderland Baden-Württemberg“ gaukelt die Landesregierung eine Idylle vor, während sich die Lebensbedingungen vieler Kinder und Jugendlicher verschlechtern.

Die andauernden Proteste der SchülerInnen und Studierenden Baden-Württembergs zeigen deutlich, dass wir nicht umhin kommen, die bildungspolitische Systemfrage zu stellen. Die Agenda der Landesregierung orientiert sich an Wirtschaftsinteressen und zielt auf die Konservierung von Statusprivilegien ab. Durch die frühe Selektion ab der 4. Klasse, wird der zukünftige Lebensweg vorweggenommen. MigrantInnen, Menschen mit Behinderungen, und Kinder aus bildungsfernen Schichten verlieren damit in den meisten Fällen die Chance auf höherwertige Bildungsabschlüsse.

Unser Ziel ist und bleibt die „Schule für alle“ als Gemeinschaftsschule im Ganztagesbetrieb. Nur durch umfangreiche Investitionen kann das Bildungswesen die Integrationsleistung erbringen, die notwendig ist, um das Menschenrecht auf Bildung und Chancengleichheit zu gewährleisten.

Das G8 an den Schulen und die Einführung von Bachelor/Master-Studiengängen an den Hochschulen führen zu Leistungsverdichtung, Verschulung im Studium und zu unzumutbarem Leistungsdruck.

Schule und Hochschule sind Lebensraum und müssen für Lernende gestaltbar sein. Das beinhaltet zuallererst ein ganzheitliches Bildungskonzept ohne Selektion. Bildung muss den Menschen als Ganzes zu einem mündigen Individuum qualifizieren.

- Wir fordern eine Schule ohne Angst. Deshalb lehnen wir die verbindliche Grundschulempfehlung ab. Dem setzen wir ein solidarisches Lernen ohne Leistungs- und Konkurrenzdruck durch die Abschaffung der Zensuren bis mindestens zur vierten Klasse entgegen.
- Wir müssen schnell weg vom mehrgliedrigen Schulsystem! Wir brauchen eine Umstrukturierung der Schulen zu inklusive Gemeinschaftsschulen im Ganztagschulmodell. Statt Selektion und ständiger Nachverdichtung von Lehrplänen, leistungsorientierter Kopfnoten und Sanktionen fordern wir das gemeinsame solidarische und soziale Lernen in kleinen Klassenverbänden nicht über 25.
- Schule ist Lebensraum! Deshalb gehören nicht nur Wohnortnähe, sondern auch eine kostenlose Schulspeisung sowie individuelle Freizeitgestaltung für Schülerinnen und Schüler zu einer ganzheitlichen Bildung für alle.
- Die Linke tritt der Verkürzung von Schul- und Studienzzeit entschieden entgegen. Wir fordern die Rückgängigmachung des G8 und setzen uns für eine Entzerrung und gegen Verschulung des Studiums ein.
- Wir setzen uns für die Inklusion von Menschen mit Behinderung in den Gemeinschaftsschulbetrieb ein. Dazu bedarf es kleinerer Klassen und sonderpädagogischer Unterstützung. Art. 28 der auch für Baden-Württemberg verbindlichen UN-Charta über die Rechte von Menschen mit Behinderungen muss schnellstmöglich umgesetzt werden.
- Wir fordern eine Demokratisierung der Schulen und Ausbildungsstätten. Eine umfassende Mitbestimmung der Lernenden ist in unserer Vorstellung einer freien und selbstbestimmten Bildung unverzichtbar. Stärkung der Rechte der SMVen und Einführung von Schülervollversammlungen sind erste Schritte in diese Richtung.
- Wir unterstützen Kommunen, Schüler- und Elterninitiativen, die ein längeres gemeinsames Lernen und „Eine Schule für alle“ bis Klasse 10 anstreben. Modellprojekte zur Demokratisierung im Sinne selbstverwalteter Schulen durch SchülerInnen können wichtige Impulse geben.
- Statt Schmalspurausbildung durch Erstqualifikation fordern wir ein ganzheitliches und umlagefinanziertes duales Ausbildungssystem.
- Sofortige Abschaffung jeglicher Bildungs- und Studiengebühr - inklusive Durchsetzung der verfassungsmäßigen Lehr- und Lernmittelfreiheit in Baden-Württembergs.
- Eine Finanzierungsoffensive für Schul- und Hochschuleausbau unter Beteiligung des Landes und des Bundes ist dringend notwendig.

- Ausweitung und Sicherstellung von studentischer Mitbestimmung durch eine Verfasste Studierendenschaft, allgemeinpolitisches Mandat und paritätische Gremienbesetzung.
- Wir werden uns landespolitisch für ein elternunabhängiges, rückzahlungsfreies BAFÖG für alle stark machen.
- Kurzfristig muss Zugang zum Masterstudium für alle ermöglicht werden. Darüber hinaus fordern wir die Abschaffung des Bachelor-Master Systems in der derzeitigen Form.
- Keine Einflussnahme fremder Interessengruppen wie Kirche, Wirtschaft oder Parteien auf das Bildungswesen.
- Bildungsurlaub für alle ArbeitnehmerInnen zur beruflichen und politischen Bildung, den es in vielen anderen Bundesländern seit langem gibt. Langfristig sollen Bildungsgebühren (bspw. VHS) auch in der Erwachsenenbildung entfallen.
- DIE LINKE Baden-Württemberg lehnt den Kooperationsvertrag von Bundeswehr und Kultusministerium ab. Die Bundeswehr hat in Schulen und Hochschulen nichts zu suchen! Schülerinnen und Schülern sollen humane Weltansichten vermittelt werden, anstatt sie auf Kriege einzustimmen.
- Private Bildungsträger dürfen das staatliche Bildungswesen nicht verdrängen. Bildung ist als Aufgabe der öffentlichen Hand zu begreifen, und darf nicht privatisiert werden.

## **5. Kein Boden für Rassismus und Neofaschismus**

Auch in Baden-Württemberg nehmen rassistische, antisemitische und neofaschistische Aktivitäten und Übergriffe zu. Die „Jungen Nationaldemokraten“ haben seit 2005 in Baden-Württemberg ihre Mitgliederzahl verdoppelt, mit den „autonomen Nationalisten“ ist eine neue, gewaltbereite Jugendorganisation entstanden. Die Landesregierung verfolgt und bestraft statt der neofaschistischen Gewalttäter die antifaschistische Gegenwehr und fördert unter anderem das „Studienzentrum Weikersheim“, dem eine Scharnierfunktion zwischen Rechtskonservativen und Rechtsextremisten zukommt. Die Arbeit in antifaschistischen Bündnissen zählt zum Grundverständnis der LINKEN. Insbesondere aus Anlass des 65. Jahrestages der Befreiung von Faschismus und Krieg unterstützt der Landesverband und seine Gliederungen der LINKEN Baden-Württemberg Aktivitäten und Veranstaltungen, die zu diesem Jahrestag stattfinden.

DIE LINKE Baden-Württemberg fordert:

- Antifaschistische Engagement und Erinnerungsarbeit sollen gefördert und gestärkt werden statt sie zu behindern und zu kriminalisieren.
- Den Faschismus im Geschichtsunterricht aufzuarbeiten und die Arbeit der Gedenkstätteninitiativen aufzuwerten und zu fördern.
- Verbot und Auflösung aller neofaschistischen Parteien und Organisationen, insbesondere der NPD.
- Abschaffung des Landesamts für Verfassungsschutz. Bis dahin Beendigung der Zusammenarbeit zwischen Landesamt für Verfassungsschutz und Nazi-Organisationen. Beendigung des Einsatzes aller ‚V-Leute‘.
- Sofortige Beendigung der Überwachung antifaschistischer und linker Initiativen, Verbände und Parteien durch das Landesamt für Verfassungsschutz.

Baden-Württemberg ist ein Einwanderungsland! MigrantInnen aus aller Welt sind selbstverständlicher Teil des gesellschaftlichen Lebens und der kulturellen Vielfalt dieses Landes. DIE LINKE bekämpft Rassismus, Vorurteile, Benachteiligung und Gewalt gegen Menschen mit Migrationshintergrund auf allen Ebenen.

DIE LINKE tritt ein für eine Humanisierung des Bleiberechtes für Mitbürger ein, die bislang ohne feste Aufenthaltserlaubnis sind. Die unmenschliche Abschiebepolitik des Landes muss beendet, Einbürgerung muss erleichtert werden. Die Landesregierung darf eine Entschärfung der geltenden "Altfallregelung" (wer kein Arbeitsverhältnis nachweist, muss gehen) im Bundesrat nicht weiter blockieren. DIE LINKE tritt dafür ein, über eine Bundesratsinitiative das kommunale Wahlrecht auf hier lebende Nicht-EU-BürgerInnen auszuweiten.

## **6. Gleichberechtigung von Frauen durchsetzen**

Von der Gleichberechtigung von Frauen und Männern sind wir auch in Baden-Württemberg weit entfernt. Das Leben von Frauen ist strukturell bestimmt von schlechteren Chancen zur eigenen Lebenssicherung, von ungerechter Entlohnung, von weniger Teilhabe an Entscheidungen in Wirtschaft, Politik und anderen Gesellschaftsbereichen sowie von der Bedrohung durch Gewalt.

Die Linke Baden-Württemberg fordert, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu konkretisieren und umzusetzen sowie alle Formen von Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen durch:

- Mindestens die Hälfte aller Positionen im Zuständigkeitsbereich des Landes Baden-Württemberg sollen mit Frauen besetzt werden. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.
- Einrichtung von Landesprogrammen zur beruflichen Förderung speziell von Frauen, die auf dem Arbeitsmarkt Nachteile erfahren, zum Beispiel Frauen mit Migrationshintergrund oder Frauen nach der Familienphase.
- Die flächendeckende Einrichtung, den Erhalt und Ausbau von Gleichstellungs- und Beratungsstellen (Themen u.a.: Berufswahlorientierung für Mädchen, Chancen für Frauen mit Migrationshintergrund, Ausarbeitung und Durchsetzung von Gleichstellungsprogrammen).
- Gesicherte Finanzierung von Frauenhäusern sowie die unbürokratische, ortsungebundene und zuzahlungsfreie Aufnahme von Frauen und Kindern in Not; Aufstockung der Mittel für Einrichtungen gegen Gewalt an Frauen; Verstärkung der Hilfen für Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund.
- Umfassendes Konzept zur Gewaltprävention unter Einbeziehung des Bildungswesens.

## **7. Vielfalt der Lebensweisen fördern – Diskriminierung bekämpfen**

Beruf und Familienarbeit müssen für Frauen und Männer endlich vereinbar werden. Bis heute stützt und fördert nicht nur die konservative Regierung traditionelle Geschlechterrollen und ein Familienmodell aus Vater, Mutter und Kind, bei dem die Frau die Hauptlast der Familienarbeit trägt.

Neue Rollenmodelle und eine Vielfalt an Lebensweisen müssen gesellschaftlich gefördert und auf rechtlicher, kultureller und politischer Ebene gleichgestellt werden. Alternative Wohnkonzepte sollen mehr Beachtung zum Beispiel durch Förderprogramme erhalten.

Die Behindertenpolitik des Landes muss „inclusiv“, das heißt auf allen Ebenen und von Anfang an selbstverständlich integrierend, gestaltet werden. DIE LINKE Baden-Württemberg fordert, die UN Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen schnell, nachhaltig und vollständig umzusetzen. Sie ist an den „Barcelona-Kriterien“ auszurichten. Diese betreffen Bildung, Arbeit, ÖPNV und die selbstbestimmte Teilhabe am öffentlichen Leben, auch auf kommunaler Ebene. Das selbstverständliche Recht von Menschen mit Behinderungen, selbst zu bestimmen, wo, wie und mit wem sie wohnen, ist zu gewährleisten. Niemand darf verpflichtet werden, in bestimmten Wohnformen zu leben. Die bestehende finanzielle Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen in Ehe und Familie

ist zu beenden. Hierzu ist die Unterhaltspflicht Familienangehöriger für behinderungsbedingt entstehende Kosten ersatzlos zu streichen, diese Kosten trägt die Gemeinschaft. Vieles kann nur auf Landesebene umgesetzt werden. Bisher fehlt in Baden-Württemberg ein Konzept zur Umsetzung der UN-Konvention.

Die Drogenpolitik des Landes Baden-Württemberg muss weg von der vornehmlich diskriminierenden und bestrafenden Ausrichtung. Durch den an der Realität orientierten und akzeptierenden Ansatz der Schadensminimierung lassen sich die Probleme in diesem Bereich weitaus besser mildern, ohne hunderttausende Menschen in Baden-Württemberg zu kriminalisieren.

## **8. Gleiche Chancen für alle Kinder!**

Mit dem Begriff „Kinderland Baden-Württemberg“ gaukelt die Landesregierung eine Idylle vor, während sich die Lebensbedingungen vieler Kinder und Jugendlicher verschlechtern. Kinder zu haben bedeutet in unserem Musterländle nach wie vor ein um ein vielfach erhöhtes Armutsrisiko. In Zukunft will die Landesregierung noch mehr Kosten auf die Erziehenden abwälzen. Das ist soziale Auslese pur und richtet sich gegen die Kinder, die Förderung am nötigsten haben.

Deshalb fordert die LINKE Baden-Württemberg:

- Die Kleinkindbetreuung muss entsprechend dem Bundes-Kinderförderungsgesetz vom April 2008 bis zum Jahr 2013 planmäßig und ohne Abstriche ausgebaut werden. Integration fängt im frühen Alter an. Je früher ein Kind in eine Krippe geht, desto besser sind seine späteren Bildungschancen. Die Chancen für Kinder aus sozial benachteiligten Schichten und aus Migrantenfamilien müssen verbessert werden.
- Die Kleinkindbetreuung muss zu Öffnungszeiten erfolgen, wie sie die Eltern benötigen. Dies darf nicht auf Kosten von Kindergartenplätzen gehen.
- Verkleinerung der Kita-Gruppen, um eine wirklich kindgerechte Betreuung zu gewährleisten und ErzieherInnen zu entlasten.
- Um gegen die Zunahme der Kinderarmut im Land vorzugehen, tritt die LINKE für gebührenfreie Kita-Plätze ein und wendet sich gegen jede Erhöhung der Kita-Gebühren.
- DIE LINKE setzt sich für qualifiziertes Personal durch Studium und Weiterbildung ein. Das gilt besonders für die Sprachfördermaßnahmen in Kitas.

- Der beschlossene Orientierungsplan muss umgesetzt werden. Dazu gehört, dass die Landesregierung die Kosten trägt und die Kita-Zuschüsse nicht mehr einfriert (seit 2002).

## 9. Umwelt/Energie

Der Umbau zur ressourcensparenden und ökologischen Produktions- und Lebensweise ist im hochindustrialisierten Baden-Württemberg das Gebot der Stunde. Die Orientierung der Landesregierung auf exportorientiertes Wachstum ohne Rücksicht auf die natürlichen Ressourcen hat massive ökologische und energiewirtschaftliche Probleme zur Folge. Die fast uneingeschränkte politische Vorfahrt für den motorisierten Individualverkehr hat in Baden-Württemberg eine notwendige ökologische Modernisierung ausgebremst. Das Festhalten an Prestigeprojekten verhindert den Ausbaus des ÖPNV in der Fläche. Die Forderung der Landesregierung nach Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke ist unverantwortlich und richtet sich gegen den Mehrheitswillen der Baden-WürttembergerInnen.

DIE LINKE Baden-Württemberg setzt sich dafür ein, die individuellen Entwicklungspotentiale dieses Landes – von der dezentralen Wärmeerzeugung über umweltfreundliche Technologie bis zur ökologischen Landwirtschaft – endlich zu fördern. Auch gilt es, eine demokratische Kontrolle über die Energiewirtschaft herzustellen, um das Prinzip der Gemeinwohlorientierung in Verbindung mit sozial-ökologischer Verantwortung durchzusetzen. Eine Senkung des Energie- und Ressourcenverbrauchs auf allen Ebenen ist vorrangiges politisches Ziel.

Die Industrie und die Energiewirtschaft in Baden-Württemberg haben eine globale Verantwortung für die von ihr verursachte Umweltverschmutzung und die sozialen und ökonomischen Umstände, unter denen ihre Rohstoffe gefördert oder produziert werden.

DIE LINKE Baden-Württemberg fordert:

- Den Ausstieg aus der Atomkraft und ein Ende der Nutzung fossiler Energieträger.
- Wirkungsvolle Sanktionen gegen Preisabsprachen auf dem Energiemarkt.
- Der Aktienanteil der EDF bei der EnBW ist von der öffentlichen Hand zurück zu kaufen. Eine nachhaltige Energie- und Klimapolitik fördert die Beschäftigung. Wir wollen uns die Energiepreise nicht von der Profitsucht der

Konzerne diktieren lassen und werden in Baden-Württemberg eine Energiewende herbeiführen. Umweltschädliche Großkraftwerke wollen wir durch dezentrale, kleine Kraftwerke mit zum Beispiel Kraft-Wärme-Kopplung in kommunaler Verantwortung ersetzen. Unsere Vision: In wenigen Jahrzehnten soll jede Gemeinde in Baden-Württemberg über ein eigenes Energieversorgungssystem verfügen und den Eigenbedarf weitgehend aus erneuerbaren Energiequellen decken können.

- Eine regionale Land- und Forstwirtschaft, die mittels ökologisch-nachhaltiger Kreislaufwirtschaft Kulturlandschaften schützt, artgerechte Tierhaltung gewährleistet und gesunde Lebensmittel produziert. Gentechnik, Chemiecocktails und Breitbandantibiotika haben auf unseren Feldern, Höfen und Ladenregalen nichts zu suchen.
- DIE LINKE möchte innerhalb der nächsten zehn Jahre beginnen, die Umwandlung von zehn Prozent der Landesfläche in naturnahe Räume ohne wirtschaftliche Ausnutzung zu erreichen. Vor allem sollen Forstflächen (derzeit knapp 40 % der Landesfläche) aus jeder forstlichen Nutzung genommen und stellenweise überflüssige hochsubventionierte landwirtschaftliche Flächen stillgelegt werden. Besonders dringend ist dies zum langfristigen Schutz von Klimaregulierung, Wasserversorgung und Artenvielfalt im Rahmen des Klimawandels.
- Den konsequenten Ausbau des ÖPNV und des Schienenverkehrs. Dieser muss barrierefrei und perspektivisch kostenlos angeboten werden. Öffentliche Investitionen in ÖPNV, Bahninfrastruktur, Fahrradwege und alternative Verkehrsangebote wie Car-Sharing fördern den sozial-ökologischen Umbau des Landes und schaffen dauerhaft Arbeitsplätze.

## **10. Demokratie**

Der Staat steht heute den Menschen zunehmend als Widersacher gegenüber. Er macht sie zu Bittstellern in Bezug auf eigene Rechte und Informationen, misstraut ihnen und lässt sie bei politischen Entscheidungen außen vor. In Baden-Württemberg sind die Formen der demokratischen Entscheidung in besonderer Weise eingeschränkt.

Für eine lebendige Demokratie ist das Recht auf Versammlungsfreiheit ein unverzichtbares Grundrecht. Sie stellt eine wichtige Partizipationsmöglichkeit des Bürgers dar und darf in einem Rechtsstaat nicht auf Kosten von Menschen- und Bürgerrechten geändert werden.

DIE LINKE Baden-Württemberg fordert:

- Die Möglichkeiten von Volksbegehren und Volksentscheiden in Landesverfassung, Landkreis- und Gemeindeordnung deutlich auszuweiten. Dazu ist eine Senkung der Quoren, eine Ausweitung der Zulässigkeitsregeln sowie eine Beratungspflicht gegenüber Initiatoren notwendig.
- Beschäftigte und Betroffene in politische Entscheidungen konsequent einzubeziehen z.B. in Form von Bürgerhaushalten oder Beschäftigten-/Betroffenen-Beiräten. Das Selbstbestimmungsrecht der Kommunen gehört gestärkt, die Amtszeit der BürgermeisterInnen verkürzt und die Direktwahl der Landräte eingeführt.
- DIE LINKE fordert die Herabsetzung des Wahlalters für Kommunal- und Landtagswahlen auf 16 Jahre.
- Demokratische Rechte für Migrantinnen und Migranten. Aktives und passives Kommunalwahlrecht für alle in Baden-Württemberg lebenden Menschen.
- Ein Versammlungsrecht zu schaffen, das zu öffentlicher Meinungsäußerung und demokratischem Protest ermutigt statt zu kontrollieren und einzuschüchtern.
- Die LINKE setzt sich für eine vollkommene Versammlungsfreiheit ein und lehnt Einschränkungen derselben ab. Die Polizei darf nicht das Recht haben eine Versammlung einzukesseln oder aufzulösen, solange keine Volksverhetzung oder Gewalt stattfindet. Es dürfen auch keine Video- oder Bildaufnahmen von der Polizei angefertigt werden. Die bloße Vermummung soll nicht mehr als Straftat angesehen werden. Über die korrekte Ausführung der Polizeiarbeit soll eine unabhängige Kontrollinstanz wachen. Bei Nicht-Einhalten der Vorschriften ist ein Ermittlungsverfahren einzuleiten und dessen Ergebnis unter Berücksichtigung der Sicherheit des Polizisten, der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.
- Schluss mit einer Politik, die unter dem Vorwand der "Sicherheit" die Freiheitsrechte der Menschen beschneidet. Der Bürger ist der Datensammelwut und Ausforschung seiner Person durch staatliche und private Stellen ausgeliefert. Die staatlichen Behörden schützen den Bürger hiervor nicht, sondern beteiligen sich an seiner Ausforschung, Erheben und verwerten seine Daten und tauschen sie untereinander aus.
- Schluss mit einer Politik, die unter dem Vorwand der „Sicherheit“ die Freiheitsrechte der Menschen beschneidet. DIE LINKE fordert das Recht auf Auskunft über gespeicherte Daten und deren Verwendung gegenüber staatlichen und privaten Stellen. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung muss in der Landesverfassung verankert werden. Verpflichtende Einsetzung von Datenschutzbeauftragten in allen öffentlichen Stellen.

- Den Zugang zu Informationen, gerade in den Bereichen Verbraucherschutz und soziale Rechte, zu erleichtern. Unabhängige Beratungs- und Schlichtungsstelle sind einzurichten, die Menschen bei der Durchsetzung ihrer Rechte unterstützen. Hierzu ist ein bürgerfreundliches Informationsfreiheitsgesetz für Baden-Württemberg zu schaffen. Eine Verstärkung der Angebote politischer Bildung, die mehr Menschen ermutigt, sich politisch einzumischen.

[www.die-linke-bw.de](http://www.die-linke-bw.de)

DIE LINKE LV Baden-Württemberg  
Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart  
Tel: 0711/241045  
Fax: 0711/241046  
[info@die-linke-bw](mailto:info@die-linke-bw)